

Richtlinie

Innovate4Vienna.II/21

gültig ab 01.04.2021

Inhaltsverzeichnis

1.	Präambel	5
2.	Ziele	5
3.	Zielgruppen	5
4.	Rechtsgrundlagen.....	6
4.1.	Basis der Rechtsgrundlagen.....	6
4.2.	Anwendung der beihilferechtlichen Grundlagen auf Basis AGVO	6
4.3.	Anwendung der beihilferechtlichen Grundlagen auf Basis De-minimis	7
5.	Ausschluss des Rechtsanspruchs	7
6.	Antragsberechtigung.....	7
6.1.	Allgemeine Fördervoraussetzungen	7
6.2.	Antragsberechtigte	8
6.3.	Antragsberechtigte bei partnerschaftlicher Einreichung	8
6.4.	Nicht Antragsberechtigte.....	8
7.	Fördergegenstand.....	9
7.1.	Förderbare Projekte	9
7.2.	Nicht förderbare Projekte	9
8.	Förderbare Kosten	10
8.1.	Allgemeine Voraussetzungen.....	10
8.2.	Förderbare Einzelkosten.....	11
8.3.	Gemeinkostenzuschlag.....	12
8.4.	Nicht förderbare Kosten	12
9.	Bemessungsgrundlage/Mindestbemessungsgrundlage.....	13
10.	Förderintensität und maximale Förderung	13
10.1.	Maximale Förderintensität	13
10.2.	Maximale Förderung	13
10.3.	Frauenbonus.....	13
11.	Projektstart, maximale Projektlaufzeit, Kostenanerkennungszeitraum.....	14
12.	Kombination und Kumulierung von Förderungen	14
12.1.	Kombination von Förderungen	14
12.2.	Beihilferechtliche Kumulierungsbestimmungen.....	14
13.	Einreichung und Einreichunterlagen.....	15
13.1.	Online-Einreichung.....	15
13.2.	Beizufügende Unterlagen	15
13.3.	Partnerschaftliche Einreichung.....	15
14.	Projektdarstellung	16
14.1.	Allgemeine formale Erfordernisse Projektdarstellung	16

14.2.	Kern der Projektdarstellung	17
14.3.	Ressourcen.....	17
14.4.	Gliederung in Arbeitspakete („Meilensteine“)	17
14.5.	Projektfinanzierung.....	17
14.6.	Erlösmodell	17
15.	Bewertung und Entscheidung	18
15.1.	Bewertungsgrundlagen	18
15.2.	Formale Vorprüfung	18
15.3.	Auswahlverfahren und Bewertungskriterien	18
15.4.	Allgemeine Bewertungskriterien.....	19
15.5.	Zielspezifische Bewertungskriterien	19
15.6.	Bewertung/Jury.....	19
15.7.	Reihung.....	19
15.8.	Fördervorschlag.....	19
15.9.	Förderentscheidung	19
16.	Projektübertrag.....	20
17.	Zusage, Bedingungen und Akontozahlung	20
17.1.	Mitteilung der Förderentscheidung.....	20
17.2.	Bedingungen.....	20
17.3.	Akonto.....	20
18.	Melde- und Berichtspflichten, Abrechnungen und Auszahlung	20
18.1.	Meldepflicht von Änderungen.....	20
18.2.	Fortschrittsberichte.....	21
18.3.	Abrechnungsunterlagen.....	21
18.4.	Endbericht inkl. Endabrechnung	21
18.5.	Schlusszahlung	21
18.6.	Auszahlung bei partnerschaftlicher Einreichung	22
19.	Publikationen, Monitoring, Pflichten zur Aufbewahrung und Einsichtsgewährung	22
19.1.	Publikation	22
19.2.	Monitoring	22
19.3.	Aufbewahrung von Unterlagen	22
20.	Widerruf und Rückzahlung	23
20.1.	Widerrufsgründe 10 Jahre	23
20.2.	Widerrufsgründe 4 Jahre	24
20.3.	Teilwideruf	24
20.4.	Widerruf bei partnerschaftlicher Einreichung.....	25
20.5.	Ausspruch des Widerrufs.....	25
20.6.	Rückzahlung im Fall des Widerrufs.....	25
21.	Datenschutz	25
21.1.	Verarbeitung von personenbezogenen Daten.....	25

21.2. Publizierbare Daten.....	26
22. Einhaltung der Antidiskriminierungsbestimmungen/ Schad- und Klagloshaltung.....	26
23. Geltungszeitraum.....	26
24. Anwendbares Recht/Gerichtsstand.....	27
25. Förderabwickelnde Stelle.....	27
Anhang I.....	28
Unternehmen.....	28
Bestehendes Unternehmen.....	28
Gründungszeitpunkt.....	28
Gründerinnen und Gründer.....	28
Anhang II.....	29
Betriebsstätte.....	29
Wiener Betriebsstätte.....	29
Anhang III.....	30
Berechnungsmethode der Personalkostenstundensätze.....	30
Anhang IV.....	31
Unternehmen in Schwierigkeiten.....	31
Anhang V.....	32
Beihilfen für Unternehmensneugründungen gem. Artikel 22 (Anlaufbeihilfen).....	32
Anhang VI.....	33
Anreizeffekt.....	33
Beginn der Arbeiten.....	33

1. Präambel

Die vorliegende Richtlinie der Stadt Wien bildet die Basis für das Programm „Innovate4Vienna.II“ (kurz I4V.II). Es schließt an das im April 2020 von der Wirtschaftsagentur Wien ins Leben gerufene Programm Innovate4Vienna (kurz I4V.I) an. Bezog sich I4V.I in erster Linie auf Innovationen zur Bekämpfung und Überwindung der unmittelbaren Auswirkungen der COVID-19-Krise, so legt I4V.II den Fokus stärker auf den Weg aus der Krise heraus und auf die Zeit danach. Innovationen, die in der Krise – mit unmittelbarem Bezug zu deren Auswirkungen – geboren wurden oder werden und insbesondere dazu geeignet erscheinen, auch nach (erhoffter) Überwindung der Krise die dann veränderte Art des Wirtschaftens zu unterstützen, stehen im Mittelpunkt dieses Förderprogramms. Einreichungen innerhalb des Geltungszeitraums dieser Richtlinie sind laufend möglich. Nähere Angaben über Einreichstichtage sowie über dieses Programm finden sich auf der Website <www.wirtschaftsagentur.at> der „Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien.“ (kurz Wirtschaftsagentur Wien).

2. Ziele

Die COVID-19-Krise ist im Begriff, Teile der Wirtschaft bzw. des Wirtschaftens mehr oder weniger stark zu verändern. Dabei ist zwar anzunehmen, dass einige dieser Veränderungen früher oder später wieder der alten „Normalität“ weichen werden, andere hingegen werden wohl auch nach der (erhofften) Überwindung der momentanen Krise weiter bestehen bleiben.

Ziel dieser Förderung ist es, jene Innovationen mit klarem Bezug zu den Auswirkungen der Krise zu unterstützen, die dazu geeignet erscheinen, den Weg aus der Krise herauszuweisen und auch das Potential aufzeigen, in einem neuen bzw. geänderten Post-COVID-19-Umfeld Bestand und Vorbildwirkung zu haben. Hierbei kann es sich sowohl um Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen Prozessen, Organisationsmethoden und Arbeitsabläufen als auch bei ganzen Geschäftsmodellen handeln. In die Bewertung der Projekte werden u. a. auch Aspekte der gesellschaftspolitischen Relevanz sowie von Leitideen der Europäischen Union einfließen. Hier sind insbesondere soziale Innovationen sowie Innovationen des Übergangs in eine klimaneutrale und digitale Zeit zu nennen.

Insgesamt wird mit diesem Förderprogramm angestrebt, das Bestehen der Unternehmen auch in Zukunft am Standort zu sichern, deren Innovationskraft und Resilienz zu stärken und in der Folge den regionalwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise so zu begegnen, dass diese auch als Chance zur Erneuerung und nicht allein als Bedrohung gesehen werden kann. Eine Anwendbarkeit der vorgeschlagenen Lösungen am Standort Wien wird dabei bevorzugt.

3. Zielgruppen

Das Programm richtet sich an Wiener KMU sowie Unternehmensgründerinnen bzw. -gründer, die ein Projekt im Sinne o. g. Zielsetzungen dieses Programms durchzuführen planen.

4. Rechtsgrundlagen

4.1. Basis der Rechtsgrundlagen

a. Innerstaatliche Rechtsgrundlage

Die innerstaatliche Rechtsgrundlage der gegenständlichen Richtlinie bildet der Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 24.03.2021 unter eRecht 178512-2021.

b. Europäische beihilferechtliche Grundlagen

Förderungen dieses Programms werden schwerpunktmäßig auf Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung sowie des Weiteren auf Basis der De-minimis-Verordnung vergeben. Es kommen somit folgende beihilferechtliche Grundlagen in der jeweils geltenden Fassung zur Anwendung:

- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013¹ der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen; veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/1 am 24.12.2013 (kurz: „De-minimis-VO“).
- Verordnung (EU) Nr. 651/2014² der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 187/1 am 26.06.2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, kurz: „AGVO 2014“) gemeinsam mit der Novelle Verordnung (EU) 2017/1084³ der Kommission vom 14. Juni 2017 zur Änderung der allgemeinen Gruppenfreistellung-Verordnung Nr. 651/2014, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 156/1 am 20.06.2017 (kurz: „AGVO-Novelle 2017“) sowie der Verordnung (EU) 2020/972⁴ der Kommission vom 2. Juli 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr.1407/2013 hinsichtlich ihrer Verlängerung und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 hinsichtlich ihrer Verlängerung und relevanter Anpassungen veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 215/3 am 07.07.2020 – gemeinsam kurz: „AGVO“ in der jeweils geltenden Fassung.

Die Zitierungen/Verweise in der gegenständlichen Richtlinie beziehen sich auf diese Fassungen der EU-beihilferechtlichen Bestimmungen.

4.2. Anwendung der beihilferechtlichen Grundlagen auf Basis AGVO

Bei der Förderung von Projektkosten der antragstellenden Unternehmen kommen im Rahmen dieses Programms bevorzugt die Artikel 18, 22, 25, 27, 28, 29 und 31 zur Anwendung.

a. Unternehmen in Schwierigkeiten – Ausnahmebestimmungen

¹ De-minimis-VO: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:352:0001:0008:DE:PDF>

² AGVO 2014: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0651&from=FE>

³ Novelle 2017: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R1084&from=DE>

⁴ VO zur Veränderung der AGVO 2014: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0972&from=DE>

Für Unternehmen, die sich bereits am 31.12.2019 in Schwierigkeiten befunden haben, gelten die Ausführungen des Punktes b. (siehe unten).

Für Unternehmen, die erst nach dem 31.12.2019 (im Zuge der COVID-19-Krise) in Schwierigkeiten gerieten, ist dieser Status für Einreichungen bis zum 30.6.2021 gemäß Verordnung (EU) 2020/972 von keiner Relevanz. Eine eventuelle Verlängerung dieser Ausnahmebestimmung (es handelt sich dabei um eine vorübergehende Änderung der AGVO in Folge von COVID-19) wird auf der Homepage der Wirtschaftsagentur Wien bekanntgegeben.

b. Unternehmen in Schwierigkeiten (vgl. Anhang IV)

„Unternehmen in Schwierigkeiten“ sind von der Möglichkeit einer Förderung auf AGVO-Basis weitgehend ausgeschlossen, es sei denn, es handelt sich um

- i. kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die noch keine 3 Jahre bestehen. Sie gelten gem. Artikel 2 Nummer 18 AGVO keinesfalls als Unternehmen in Schwierigkeiten und sind daher förderbar.
- ii. Kleinunternehmen (KU), die noch keine 5 Jahre bestehen und gem. Artikel 22 AGVO (vgl. Anhang V) gefördert werden können. Sie sind selbst als Unternehmen in Schwierigkeiten nicht von der AGVO ausgenommen (vgl. Ausnahmebestimmungen des Artikels 1 Absatz 4 Buchstabe c AGVO) und daher förderbar.

4.3. Anwendung der beihilferechtlichen Grundlagen auf Basis De-minimis

Bei der Förderung von Projektkosten antragstellender Unternehmen, die nicht auf AGVO-Basis gefördert werden⁵, kommt – sofern möglich – die De-minimis-VO (vgl. Pkt. 4.1.) zur Anwendung.

5. Ausschluss des Rechtsanspruchs

Die Entscheidung auf Zuerkennung der Förderung erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Budgetmittel auf Basis der vorliegenden Richtlinie. Auf die Gewährung von Fördermitteln besteht kein Rechtsanspruch.

6. Antragsberechtigung

6.1. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Antragstellerinnen bzw. Antragsteller müssen

- a. ihren städtischen Abgabeverpflichtungen regelmäßig und vollständig nachkommen sowie
- b. die zur Durchführung des Projekts erforderlichen Rechte nachweisen – z. B. Gewerbeberechtigung bzw. Namhaftmachung einer gewerberechtigten Geschäftsführerin bzw. eines gewerberechtigten Geschäftsführers etc.
- c. die Punkte 4.2.a. bzw. 4.2.b. hinsichtlich des Status '„Unternehmen in Schwierigkeiten“ beachten.

⁵ abgesehen von den in Pkt. 4.2. beschriebenen Gründen ist die AGVO auch bei erfolgtem Projektstart VOR Antragstellung **nicht** anwendbar, da dann der Anreizeffekt gem. Artikel 6 AGVO (vgl. Anhang VI) nicht gegeben ist.

6.2. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind bestehende Unternehmen (vgl. Anhang I) bzw. Unternehmen in Gründung.

Bestehende Unternehmen müssen folgende Bedingungen erfüllen:

- a. Sie müssen spätestens bei Projektbeginn über eine Betriebsstätte (gem. Definition Anhang II) in Wien verfügen;
- b. sie müssen die wertschöpfenden Tätigkeiten des Projekts überwiegend in ihrer Wiener Betriebsstätte erbringen und
- c. es muss sich um ein KMU⁶, d. h. ein kleines oder mittleres Unternehmen gemäß EU-Definition handeln.

Antragsberechtigte Unternehmen unterliegen keinerlei Branchen- oder Technologiebeschränkungen.

Unternehmen in Gründung müssen

- a. sechs Monate nach Mitteilung einer positiven Förderentscheidung gegründet sein und
- b. ab Gründung den Erfordernissen eines antragsberechtigten bestehenden Unternehmens entsprechen.

6.3. Antragsberechtigte bei partnerschaftlicher Einreichung

Im Rahmen von partnerschaftlichen Einreichungen sind unter der Bedingung, dass der Lead-Partner ein bestehendes oder in Gründung befindliches Unternehmen ist, abgesehen von weiteren antragsberechtigten Unternehmen, auch Rechtsträger aus dem Sozial-, Forschungs- und Bildungsbereich antragsberechtigt.

Antragsberechtigte Kooperationspartner

- a. müssen über eine Betriebsstätte (gem. Definition Anhang II) in Wien verfügen und
- b. unterliegen keinerlei Branchen- oder Technologiebeschränkungen.

6.4. Nicht Antragsberechtigte

Nicht Antragsberechtigte sind allgemein

- a. Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GesBR) und Arbeitsgemeinschaften (ARGE),
- b. Antragstellerinnen bzw. Antragsteller mit anhängigem Insolvenzverfahren,
- c. gesetzliche berufliche Interessensvertretungen,
- d. öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften,
- e. Rechtsträger, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden

⁶ Vereinfachte Definitionen:

Kleinstunternehmen: < 10 Beschäftigte und (Jahresumsatz ≤ EUR 2 Mio. oder Jahresbilanzsumme ≤ EUR 2 Mio.)
 Kleines Untern.: < 50 Beschäftigte und (Jahresumsatz ≤ EUR 10 Mio. oder Jahresbilanzsumme ≤ EUR 10 Mio.)
 Mittleres Untern.: < 250 Beschäftigte und (Jahresumsatz ≤ EUR 50 Mio. oder Jahresbilanzsumme ≤ EUR 43 Mio.)
 Großes Untern.: ≥ 250 Beschäftigte oder (Jahresumsatz > EUR 50 Mio. UND Jahresbilanzsumme > EUR 43 Mio.)

Exakte Definitionen in:

[Benutzerleitfaden zur Definition von KMU](#) bzw. [Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2005 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen](#)

sowie zusätzlich

- f. Interessensvertretungen auf privatrechtlicher Grundlage,
- g. Antragstellerinnen bzw. Antragsteller (gem. Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a AGVO), die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind; ausgenommen sind Beihilferegelungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen,
- h. Antragstellerinnen bzw. Antragsteller des Agrar- Fischerei und Aquakultursektors sowie
- i. Finanzinstitute bzw. Finanzinstitutionen.

7. Fördergegenstand

7.1. Förderbare Projekte

Förderbar im Rahmen dieses Programms sind Projekte von Wiener Unternehmen in einer Wiener Betriebsstätte, in deren Fokus die Entwicklung und/oder Anwendung von innovativen Produkten, Dienstleistungen, Prozessen, Organisationsmethoden, Arbeitsabläufen sowie ganzer Geschäftsmodelle stehen.

Der Auslöser der Projektidee muss einen klaren Bezug zur COVID-19-Krise aufweisen. Das Projekt muss – zumindest für das einreichende Unternehmen selbst – eine Neuerung darstellen (subjektive Innovation). Eine klare Vorstellung (Vision) von jenem künftigen (geänderten) Umfeld, in dessen Rahmen die angestrebten Projektergebnisse ihre Wirkung entfalten sollen, ist unbedingt darzulegen.

Die angestrebten Projektergebnisse müssen also über die absehbare unmittelbar akute Zeit der Krise hinausweisen und sollten nach Möglichkeit nicht allein auf interne Effekte (z. B. ausschließliche Verbesserung der internen Abläufe) beschränkt bleiben. Gewünscht ist vor allem auch eine sichtbar positive Wirkung nach außen, sei es in einer Vorbildrolle zur Überwindung der Krise bzw. ihrer Folgen oder etwa als gesellschaftspolitischer Beitrag (z. B. soziale Innovationen). Idealerweise korrelieren die eingereichten Projekte des Weiteren auch mit den von der Europäischen Kommission als essenziell erachteten Zielen eines Übergangs in eine klimaneutrale und digitale Zeit.

7.2. Nicht förderbare Projekte

Nicht förderbar sind allgemein

- a. Projekte ohne ausreichende – zu Projektumfang und -inhalt adäquate – Planung,
- b. Projekte ohne plausible Erfolgchancen,
- c. Projekte ohne ausreichende Ressourcengrundlage, insbesondere betreffend personelle Ausstattung, dargestellte Finanzierung bzw. Vorfinanzierung, notwendiges Know-how bzw. die zur Durchführung erforderlichen Rechte und Lizenzen,
- d. Projekte, die überwiegend im Auftrag und auf Kosten Dritter entstehen,
- e. Projekte, deren Förderung aus Mitteln der Stadt Wien zur Substituierung anderer öffentlicher Mittel führen würde,

- f. Projektelemente, die bereits aus anderen öffentlichen Mitteln in Form von Barzuschüssen gefördert werden, sofern diese Barzuschüsse für dieselben wie die von der Wirtschaftsagentur Wien geförderten Kosten erfolgen (vgl. Pkt.12.1.d.),
- g. Projekte, die aufgrund relevanter EU-rechtlicher Bestimmungen als nicht förderbar gelten.
sowie zusätzlich
- h. Projekte mit geringer Wertschöpfung⁷ bzw. geringer Wertschöpfungstiefe⁸ vor Ort in der Wiener Betriebsstätte,
- i. Projekte, wenn der gem. Artikel 6 AGVO geforderte Anreizeffekt⁹ nicht gegeben ist (vgl. Anhang VI), das heißt, mit dem Projekt bereits vor Einreichung begonnen wurde,
- j. Projekte ohne Organisations-, Lern- und Implementierungsaufwand im Unternehmen,
- k. routinemäßige und in regelmäßigen Abständen erfolgende Änderungen an Produkten, Produktlinien, Herstellungsverfahren, bestehenden Dienstleistungen und an sonstigen laufenden Vorgängen, selbst wenn diese Änderungen zu Verbesserungen führen,
- l. Projektumsetzungen in Form reiner Auftragsvergaben/Auftragsentwicklungen,
- m. reine Plattformen, bei denen Innovation nur im Content ersichtlich wird,
- n. Franchise-Projekte für Franchisenehmer,
- o. Projekte, die dem normalen Geschäftsbetrieb zuordenbar sind.

8. Förderbare Kosten

8.1. Allgemeine Voraussetzungen

Als allgemeine Voraussetzung gilt, dass Kosten

- a. in ihren Positionen klar definiert sind,
- b. in unmittelbarem Projektzusammenhang stehen,
- c. nicht überhöht sind bzw. sich im ortsüblichen Ausmaß bewegen,
- d. von der Antragstellerin bzw. vom Antragsteller selbst getragen werden,
- e. zum Zeitpunkt der Endabrechnung nachgewiesenermaßen tatsächlich angefallen sind
und dass
- f. nur Nettokosten einbezogen werden dürfen, es sei denn, die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist nachweislich nicht vorsteuerabzugsberechtigt,
- g. nur Rechnungen mit einer Gesamtnettosumme ab EUR 150 an förderbaren Kosten anerkannt werden (einzelne Rechnungspositionen können diesen Betrag unterschreiten).

⁷ Wertschöpfung im Sinne von „Löhnen + Gehältern + Abgabenleistungen“ am Standort

⁸ Wertschöpfungstiefe i. S. v. „gebundenem Know-how vor Ort“ (alternativ: „Verhältnis Wertschöpfung zu Umsatz vor Ort“)

⁹ gem. Artikel 6 AGVO ist der Anreizeffekt gegeben, „wenn der Beihilfeempfänger VOR Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder der Tätigkeit einen schriftlichen Beihilfeantrag im entsprechenden Mitgliedstaat gestellt hat“.

8.2. Förderbare Einzelkosten

Im Rahmen dieser Richtlinie sind nachfolgend aufgelistete Kostenarten förderbar:

Kostenart (allg. Bezeichnung)	Einschränkungen, Detaillierungen, Anmerkungen, Erläuterungen	Beihilfenrechtliche Grundlagen
1. Personalkosten	<p>gefördert werden Personalkosten von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angestellten, • freien Dienstnehmerinnen bzw. Dienstnehmern, • Gesellschafterinnen bzw. Gesellschaftern oder Inhaberinnen bzw. Inhabern von Kleinunternehmen. <p>Berechnung der Stundensätze: vgl. Anhang III.</p>	<p><u>generell</u>: Art. 29 AGVO (für Kosten von Prozess- bzw. Organisationsinnovationen)</p> <p><u>oder</u> Art. 25 AGVO (für Entwicklungsvorhaben)</p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO¹⁰ für Unternehmen < 5 Jahre.</p>
2. Anschaffungskosten für technische Anlagen und Maschinen sowie für andere Anlagen	<p>gefördert werden Anschaffungskosten von aktivierbaren Investitionen in materielle Anlagewerte, bspw.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Maschinen und maschinelle Anlagen, • Instrumente und Ausrüstungen. 	<p><u>generell</u>: De-minimis, (max. jedoch im Umfang des noch nicht ausgeschöpften De-minimis-Rahmens!)</p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO für Unternehmen < 5 Jahre.</p>
3. Kosten für die Anschaffung von immateriellen Anlagegütern;	<p>gefördert werden insbesondere Kosten für die Anschaffung von immateriellen Wirtschaftsgütern, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kosten für die Erlangung, die Validierung und Verteidigung von Patenten und anderen immateriellen Vermögenswerten wie Lizenzen, Konzessionen und Schutzrechte <p>sowie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kosten für Innovationsberatungsdienste und innovationsstützende Dienstleistungen 	<p><u>generell</u>: Art. 28 AGVO oder Art. 25 AGVO (für Entwicklungsvorhaben)</p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO für Unternehmen < 5 Jahre.</p>
4. Sach- und Materialkosten (z. B. projektbezogene Verbrauchsmaterialien) die unmittelbar durch das Vorhaben entstehen	<p>gefördert werden insbesondere Anschaffungskosten von Materialien, bspw. für</p> <ul style="list-style-type: none"> • Versuchs- u. Testreihen, • den Bau von Versuchs-, Prüf- und Testständen, • den Bau von Prototypen etc. <p>und weiters:</p> <ul style="list-style-type: none"> • sonstige mit Prozess- oder Organisationsinnovationen verbundene Materialkosten 	<p><u>generell</u>: Art. 29 AGVO (für Kosten von Prozess- bzw. Organisationsinnovationen)</p> <p><u>oder</u>: Art. 25 AGVO (für Entwicklungsvorhaben)</p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO für Unternehmen, < 5 Jahre.</p>

¹⁰ Artikel 22 AGVO (siehe auch Anhang V):

Beihilfefähig sind nicht börsennotierte kleine Unternehmen, deren Eintragung ins Handelsregister höchstens fünf Jahre zurückliegt und die die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie haben nicht die Tätigkeit eines anderen Unternehmens übernommen;
- sie haben noch keine Gewinne ausgeschüttet;
- sie wurden nicht durch einen Zusammenschluss gegründet.

<p>5. Marktvorbereitungskosten und Vorbereitungskosten für Projektfinanzierung die unmittelbar durch das Vorhaben entstehen</p> <p>(begrenzt mit 20% der Bemessungsgrundlage max. jedoch EUR 20.000)</p>	<p>Zu den Marktvorbereitungskosten gehören Kosten für die</p> <ul style="list-style-type: none"> • Marktforschung, • Erstellung eines Marketing-, Vertriebs- und/oder Logistikkonzepts, • Suche von Vertriebs- und Geschäftspartnern und damit in Zusammenhang stehende Unterlagenerstellung, • Ausarbeitung von AGBs, CI¹¹, • Recherche über rechtl. Aspekte im Export, • die Ausarbeitung einer Wachstums- und Expansionsstrategie etc. • sowie (als Ausnahme zu 8.4.f.) die initialen Marketingaktivitäten (z. B. Website). <p>zu den Vorbereitungskosten der Projektfinanzierung zählen bspw.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kosten für Investorensuche, • Vorbereitungskosten für Crowdfunding etc. 	<p><u>generell</u>: De-minimis, <i>(max. jedoch im Umfang des noch nicht ausgeschöpften De-minimis-Rahmens!)</i></p> <p><u>oder</u>: Art. 29 AGVO <i>(für sonstige Betriebskosten von Prozess- bzw. Organisationsinnovationen)</i></p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO <i>für Unternehmen, < 5 Jahre.</i></p>
<p>6. Kosten für externe Beratungs-Dienstleistungen</p>	<p>gefördert werden Kosten für Beratungsleistungen externer Berater</p>	<p><u>generell</u>: Art. 18 AGVO</p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO <i>für Unternehmen, < 5 Jahre.</i></p>
<p>7. Kosten für Schulung</p>	<p>Gefördert werden insbesondere Schulungskosten für ArbeitnehmerInnen</p>	<p><u>generell</u>: Artikel 31 AGVO</p> <p><u>optional</u>: Art. 22 AGVO <i>für Unternehmen, < 5 Jahre.</i></p>

8.3. Gemeinkostenzuschlag

Antragstellende Unternehmen erhalten zur Abgeltung der Gemeinkosten einen Zuschlag von 20 % auf die anerkenbaren Personalkosten.

Antragstellende Gründerinnen bzw. Gründer (Unternehmensalter bis zu max. 1 Jahr, vgl. Anhang I) erhalten zur Abgeltung der Gemeinkosten einen erhöhten Zuschlag von 30 % auf die gesamten anerkenbaren Projekteinzelnkosten.

8.4. Nicht förderbare Kosten

Nicht förderbar sind allgemein

- nicht in Anspruch genommene Rabatte, Skonti oder sonstige Vergünstigungen,
 - Steuern, Gebühren, Finanzierungskosten,
 - Kosten des laufenden Betriebs,
 - Kosten, die aufgrund relevanter EU-rechtlicher Bestimmungen nicht als förderbar gelten,
 - Kosten für die Antrags- und Förderberatung
- sowie zusätzlich

¹¹ „Corporate Identity (CI): Strategisches Konzept zur Positionierung eines klar strukturierten einheitlichen Selbstverständnisses eines Unternehmens, sowohl im eigenen Unternehmen als auch in der Unternehmensumwelt (Gabler).

- f. externe und interne Marketingkosten (d. h. Personalkosten für Zwecke des Marketings)
- g. Kosten für Ablösen und Kautionen,
- h. Kosten für Maschinenstunden,
- i. Gehaltskosten, die weder unmittelbar noch regelmäßig ausbezahlt werden, wie z. B. Sonderzahlungen, Sachleistungen, Prämien und andere Leistungen sowie Abfertigungen,
- j. aktivierte Eigenleistungen (auch von verbundenen Unternehmen),
- k. reine Ersatzinvestitionen,
- l. Kosten für die Anschaffung von Grundstücken und Gebäuden
- m. Kosten für Bewirtungen,
- n. Kosten für die Anschaffung von Fahrzeugen inkl. Zubehör, die überwiegend Transportzwecken dienen,
- o. Reisekosten, Messeauftritte od. Kampagnen, Standmiete etc.

9. Bemessungsgrundlage/Mindestbemessungsgrundlage

Die Bemessungsgrundlage für die Förderung wird von der Summe aller anerkehbaren Projektkosten (inkl. Gemeinkostenzuschlag) gebildet. Die Mindestbemessungsgrundlage beträgt EUR 20.000 pro Projekt. Projekte mit jeweils geringeren Beträgen sind nicht förderbar. Dies gilt sowohl für die Einreichung als auch für die Abrechnung (vgl. Pkt. 18.4.)!

10. Förderintensität und maximale Förderung

10.1. Maximale Förderintensität

Die maximale Förderintensität (Förderquote) beträgt 45 % für kleine und Kleinstunternehmen und 35 % für mittlere Unternehmen (siehe Fußzeile Seite 8) der anerkannten Kosten. Bei partnerschaftlich einreichenden Rechtsträgern aus dem Sozial-, Forschungs- und Bildungsbereich kommt derselbe Prozentsatz wie für das antragstellende Leadpartner-Unternehmen zur Anwendung.

10.2. Maximale Förderung

Die maximale Förderung beträgt EUR 150.000 pro Projekt. Die Förderung erfolgt in Form eines Barzuschusses.

10.3. Frauenbonus

Der Frauenbonus beträgt EUR 5.000 pro Projekt.

Der zusätzliche Bonus wird vergeben, wenn das Projekt nachweislich von einer dafür qualifizierten (i. S. v. beigelegtem Lebenslauf) im Unternehmen angestellten Mitarbeiterin oder einer dafür qualifizierten geschäftsführenden Gesellschafterin bzw. qualifizierten Inhaberin geleitet wird. Darüber hinaus kann bei Kleinunternehmen der Frauenbonus auch an im Unternehmen mitarbeitende für die Projektleitung qualifizierte nicht geschäftsführende Gesellschafterinnen vergeben werden.

Die Auszahlung erfolgt, wenn im Zuge der Endabrechnung nachgewiesen wird, dass die zugrundeliegenden Erfordernisse erfüllt wurden.

11. Projektstart, maximale Projektlaufzeit, Kostenanerkennungszeitraum

Bei Antragstellung sind der geplante Beginn und das geplante Ende des Projekts anzugeben.

Die maximal beantragbare Projektlaufzeit beträgt 2 Jahre und beginnt mit dem Tag des geplanten Projektstarts. Der frühest planbare Projektstart ist der Tag der Einreichung.

Weicht der tatsächliche Projektstart vom geplanten Projektstart ab, ist dies der Wirtschaftsagentur Wien ehestmöglich schriftlich mitzuteilen.

Nach erfolgter Förderzusage ist jedenfalls so zeitnahe wie möglich mit dem Projekt zu beginnen. Der tatsächliche Projektstart ist der Wirtschaftsagentur anzugeben und von dieser bestätigen zu lassen.

Einer Verlängerung der Projektlaufzeit kann die Wirtschaftsagentur Wien nur in Fällen zustimmen, in denen Anschaffungen von Gegenständen, die in das Anlagevermögen aufgenommen werden, aus objektiv nachvollziehbaren Gründen (z. B. fehlende Genehmigungen, unvorhergesehene verlängerte Lieferzeiten etc.) nur wesentlich verzögert erfolgen können.

Der maximale Kostenanerkennungszeitraum erstreckt sich vom beantragten geplanten bzw. hiervon als abweichend gemeldeten Projektstart bis zum Ende der (allenfalls verlängerten) Projektlaufzeit.

12. Kombination und Kumulierung von Förderungen

12.1. Kombination von Förderungen

Von der Wirtschaftsagentur Wien abgewickelte Förderungen können grundsätzlich mit anderen Förderungen der öffentlichen Hand kombiniert werden, wenn

- a. dies nach den Kumulierungsbestimmungen des Beihilferechts möglich ist (vgl. Pkt. 12.2.),
- b. ein für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller zumutbares Finanzierungsrisiko in deren/dessen Sphäre verbleibt,
- c. die durch mehrere Förderungen unterschiedlicher Art (Zuschüsse, Garantien, Kredite) für das Projekt mobilisierte Finanzierung die geplanten Kosten des Gesamtprojekts nicht übersteigt,
- d. die Kombination von Förderungen nicht zur Substituierung anderer öffentlicher Mittel führt,
- e. dadurch nicht Projektelemente gefördert werden, die bereits aus anderen öffentlichen Mitteln Barzuschüsse erhalten.

12.2. Beihilferechtliche Kumulierungsbestimmungen

Die in diesem Programm vergebenen De-minimis-Beihilfen können

- a. mit anderen De-minimis-Beihilfen kumuliert werden, sofern gem. Artikel 3 De-minimis-VO der Gesamtbetrag der einem „einzigem Unternehmen“ von einem Mitgliedstaat (Anm.: d. h. von österreichischen Förderstellen) gewährten De-minimis-Beihilfen in einem Zeitraum von drei

Steuerjahren EUR 200.000 nicht übersteigt (für Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs reduziert sich dieser Betrag auf EUR 100.000),

- b. mit anderen, von dritter Stelle vergebenen AGVO-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, sofern dadurch die für die jeweils zur Anwendung kommenden AGVO-Artikel festgelegten Beihilfehöchstintensitäten bzw. -höchstbeträge nicht überschritten werden.

Die in diesem Programm vergebenen AGVO-Beihilfen können

- c. mit anderen, von dritter Stelle vergebenen De-minimis-Beihilfen und/oder AGVO-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, sofern die Regel des Punktes b. eingehalten wird.

13. Einreichung und Einreichunterlagen

13.1. Online-Einreichung

Anträge sind laufend bis zu den jeweiligen Einreichstichtagen unter <https://cockpit.wirtschaftsagentur.at> zu stellen. Die Online-Formulare sind vollständig und richtig – nach bestem Wissen und Gewissen – auszufüllen.

13.2. Beizufügende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind der Einreichung unbedingt beizufügen:

- a. die De-minimis-Erklärung:
Bei der De-minimis-Erklärung handelt es sich um ein Dokument, in dem die Antragstellerin bzw. der Antragsteller den Betrag aller im laufenden und den beiden letzten Steuerjahren beantragten, bzw. gewährten De-minimis-Förderungen bekannt gibt und firmenmäßig bestätigt.
- b. Erklärung des antragstellenden Unternehmens, dass es am 31.12.2019 kein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ gem. Artikel 2 Nummer 18 AGVO¹² (vgl. Anhang IV) war.
- c. der/die mit Stampiglie des Wirtschaftsprüfers, Steuerberaters oder des dazu befugten Bilanzbuchhalters bzw. mit der Bestätigung des Finanzamtes versehene
 - Jahresabschluss des letzten dokumentierten Geschäftsjahres bzw.
 - Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des letzten dokumentierten Geschäftsjahres.
- d. das Ansuchenechtheitszertifikat (AEZ):
Mit dem AEZ bestätigen Sie Ihre Einreichung und die Anerkennung der darin und in dieser Richtlinie angeführten Förderbedingungen. Das AEZ ist im Online-Antragstool auszudrucken, rechtsverbindlich (firmenmäßig) zu zeichnen und hochzuladen.

13.3. Partnerschaftliche Einreichung

- a. Gemeinsame Antragstellung

¹² AGVO 2014: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0651&from=FE>

Ein Förderantrag zu dieser Richtlinie kann hinsichtlich desselben Projekts auch von mehreren Antragsberechtigten gemeinsam gestellt werden. In diesem Fall kommt mit jedem der beteiligten Antragstellerinnen bzw. Antragsteller ein Förderverhältnis zustande.

Die Gemeinschaft der Antragstellerinnen und Antragsteller (Kooperationspartner) hat dabei einen der beteiligten Rechtsträger mit der Vertretung aller Antragstellerinnen bzw. Antragsteller gegenüber der Wirtschaftsagentur Wien zu beauftragen (sog. Lead-Partner) und zu dieser Vertretung zu bevollmächtigen.

b. Lead-Partner

Der Lead-Partner wird von den Kooperationspartnern bevollmächtigt und übernimmt die Koordination der Einreichung des Antrags und – im Falle einer Förderzusage – das Management des Projekts sowie die Kommunikation mit der Förderstelle und den Partnern für die gesamte Laufzeit des Projekts. Dazu gehört auch die Prüfung der Berichte und Abrechnungen aller Partner anhand der von den Kooperationspartnern bekannt gegebenen Daten und Angaben.

Der Lead-Partner ist für die ordnungsgemäße Weiterleitung der Fördermittel an die Kooperationspartner verantwortlich. Weiters hat der Lead-Partner dafür Sorge zu tragen, dass Änderungen rechtzeitig gemeldet und mit der Förderstelle abgestimmt werden. Er hat sicherzustellen, dass sowohl die Abrechnung als auch die Berichtslegung vollständig sind und den Vorgaben der gegenständlichen Richtlinie und den (ggf. vorhandenen) Hilfsdokumenten (wie bspw. Abrechnungsleitfaden) entsprechen.

c. Lead-Antrag

Im Lead-Antrag sind die Unternehmensdaten des Lead-Partners sowie die Verteilung von Arbeitspaketen, Projektkosten, Projektrisiko, Projektergebnissen, Projektrechten und Fördermitteln zwischen den Projektpartnern darzustellen. Die Verteilung ist zusätzlich in einem Kooperationsvertrag schriftlich zu regeln und gegenüber der Wirtschaftsagentur Wien offenzulegen.

d. Partnerantrag

Im Zuge der Antragstellung ist die Beteiligung aller weiteren Kooperationspartner durch einen jeweils separaten Partnerantrag zu belegen. Der inhaltliche und finanzielle Beitrag sowie die Rolle eines jeden Partners muss darin dargestellt und deutlich erkennbar sein.

14. Projektdarstellung

14.1. Allgemeine formale Erfordernisse Projektdarstellung

Bei der Darstellung des eingereichten Projekts ist auf die im Folgenden angeführten Punkte zu achten, andernfalls kann es zum Ausscheiden des Antrags aus dem Bewertungsvorgang kommen.

Ein Projekt ist darzustellen

- a. als ein in sich geschlossenes Projekt oder sinnvolles Teilprojekt,
- b. in seinem gesamten Umfang und seiner gesamten Dauer (Projektlaufzeit),
- c. mit seinen gesamten Kosten sowie der hierfür vorgesehenen Finanzierung.

Des Weiteren muss

- d. die Planung des Projekts adäquat zu Projektumfang und -inhalt sein,
- e. eine erfolgreiche Projektumsetzung erwartet werden können,

14.2. Kern der Projektdarstellung

Im Projektantrag ist insbesondere auf folgende im Antragsformular strukturell vorgegebenen Punkte einzugehen:

- a. Beschreibung der Ausgangssituation zu Beginn des Projekts,
- b. Bezug des Projekts zur COVID-19-Krise,
- c. Vision zum künftigen (geänderten) Umfeld, in dessen Rahmen die angestrebten Projektresultate ihre Wirkung entfalten sollen,
- d. Beschreibung des Projekts,
- e. Beschreibung des angestrebten Ziels nach Durchführung des Projekts,
- f. Einschätzung zur Nachhaltigkeit der Projektresultate über COVID-19 hinaus,
- g. Beschreibung eines allfälligen Projektbezugs zum EU-Ziel eines Übergangs in eine klimaneutrale und digitale Zeit,
- h. Beschreibung eines ev. sozialen Aspekts des Projekts.

14.3. Ressourcen

Antragstellerinnen bzw. Antragsteller sollten in der Lage sein, das eingereichte Projekt mit den dafür notwendigen Ressourcen (z. B. qualifiziertes Personal, finanzielle Ressourcen, technische Ausstattung, kompetente Kooperationspartner) auszustatten, um es in der entsprechenden Geschwindigkeit vorantreiben zu können und letztlich auch zu einer plangemäßen wirtschaftlichen Umsetzung zu führen.

14.4. Gliederung in Arbeitspakete („Meilensteine“)

Der Antrag ist in ergebnisorientierte Arbeitspakete zu gliedern. Jedes Arbeitspaket hat mit einem überprüfbareren Teilergebnis („Meilenstein“) zu enden, das im Zuge der Projektabrechnung dokumentiert und vorgelegt werden muss.

14.5. Projektfinanzierung

Die Finanzierung der ausgewiesenen Projektkosten ist lückenlos darzustellen und soweit wie möglich mit Nachweisen (z. B. Kreditusage, Kontoauszüge) zu belegen. Eine eventuell in die Finanzierung miteinbezogene Fördersumme darf maximal in der Höhe des Akontos in Ansatz gebracht werden.

14.6. Erlösmodell

Im Antrag ist das dem Projekt zugrundeliegende Erlösmodell darzustellen. Konkret ist darunter die spezifische Art und Weise zu verstehen,

mit der durch das eingereichte Projekt – unter Einbeziehung dessen Kosten – künftige Gewinne erwirtschaftet werden sollen. Es handelt sich also um das Erlösmodell des eingereichten Projekts und hat somit im Wesentlichen den Charakter einer Projektrechnung mit entsprechenden Erläuterungen.

Bei Gründerinnen und Gründern umfasst das Erlösmodell des Projektes i. d. R. das gesamte Unternehmen und entspricht somit mehr oder weniger einer Unternehmensplanung.

15. Bewertung und Entscheidung

15.1. Bewertungsgrundlagen

Die Bewertung von Anträgen erfolgt auf Basis der elektronisch vorliegenden Antragsunterlagen. Davon unbenommen kann die Wirtschaftsagentur Wien erforderlichenfalls die Antragstellerin bzw. den Antragsteller auffordern, sich ergänzend zu den vorliegenden Antragsunterlagen schriftlich zum Antrag oder bestimmten Teilen davon zu äußern. Bei Projekten oder Teilen davon, die bereits von anderen öffentlichen Förderstellen begutachtet und bewertet wurden, kann die Wirtschaftsagentur Wien diese Bewertungen in die eigene Beurteilung mit einbeziehen.

15.2. Formale Vorprüfung

Die Wirtschaftsagentur Wien führt bei allen Anträgen eine Vorprüfung durch, wobei vor allem auf die Erfüllung der in den vorangehenden Punkten angeführten formalen Kriterien und das Vorhandensein einer ausreichenden Bewertungsgrundlage geachtet wird. Dabei gilt:

- a. nicht erfüllte notwendige Bedingungen wie z. B. das (spätestens zum Projektstart vorgesehene) Vorhandensein einer Betriebsstätte in Wien führen zum Ausscheiden des Projekts aus dem Bewertungsprozess,
- b. unzureichende formale Projektdarstellung wie z. B. fehlende Planung, etc. führt ebenfalls zum Ausscheiden aus dem Bewertungsprozess,
- c. nicht vollständig erfüllte formale Erfordernisse bzw. nicht erbrachte Nachweise wie z. B. die Deminimis-Erklärung oder der Erklärung, dass das Unternehmen am 31.12.2019 nicht in Schwierigkeiten war) etc. führen zu einer entsprechenden einmaligen Nachforderung.

15.3. Auswahlverfahren und Bewertungskriterien

a. Auswahlverfahren

Als Auswahlverfahren kommt das Wettbewerbsprinzip zur Anwendung. Dabei werden die bis zu einem bestimmten – auf der Website der Wirtschaftsagentur Wien bekannt gegebenen – Stichtag eingereichten Anträge bewertet, miteinander verglichen und gereiht (vgl. Pkt. 15.7.).

b. Kriterien

Für die Bewertung von Anträgen werden einerseits allgemeine und andererseits spezifische insbesondere die Geschäftsmodelle bzw. deren Änderungen betreffende Bewertungskriterien herangezogen. Die Gewichtung der allgemeinen Kriterien wird im Bewertungsschema festgelegt. Das Bewertungsschema wird auf der Website der Wirtschaftsagentur Wien veröffentlicht.

c. Mindestpunktzahl

Die erforderliche Mindestpunktzahl beträgt 30 % der möglichen Bewertungspunkte.

15.4. Allgemeine Bewertungskriterien

Zu den allgemeinen Bewertungskriterien zählen:

- a. der Bezug zur COVID-19-Krisenbewältigung (kurz und/oder Mittel- bis langfristig),
- b. der Innovationsgehalt des Projekts (Mindestanforderung ist eine subjektive Innovation für das einreichende Unternehmen),
- c. die Umsetzungswahrscheinlichkeit des Projekts unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden technischen und personellen Ressourcen, das Commitment von Stakeholdern für die Umsetzung von Pilotprojekten,
- d. die unmittelbaren bzw. mittelbaren Beschäftigungseffekte des Projekts,
- e. positive regionalwirtschaftliche Effekte, insbesondere die Anwendbarkeit der Lösung am Standort Wien,
- f. positive gesellschaftspolitische bzw. soziale Effekte,
- g. die Qualität der Projektplanung.

15.5. Zielspezifische Bewertungskriterien

Über die allgemeinen Bewertungskriterien hinaus, kann es im Bewertungsschema, das auf der Website der Wirtschaftsagentur Wien zu finden ist, auch spezifische Kriterien mit deren Gewichtung geben.

15.6. Bewertung/Jury

Die Bewertung von Anträgen erfolgt durch die Wirtschaftsagentur Wien. Sie bedient sich dazu einer Jury, welche die besten Projekte zur Förderung vorschlägt. Die Zusammensetzung der Fachjury wird in geeigneter Form veröffentlicht und kann bei der Wirtschaftsagentur Wien erfragt werden. Alle von der Wirtschaftsagentur Wien mit der Beurteilung und Kontrolle von Anträgen beauftragten Personen unterliegen einem strengen Verschwiegenheitsgebot.

15.7. Reihung

Anträge, die bei der Wirtschaftsagentur Wien bis zu einem auf der Website der Wirtschaftsagentur Wien bekannt gegebenen Stichtag vollständig eingereicht werden, werden – sofern sie die angegebene Mindestbewertungspunktzahl erreichen – nach dem Bewertungsergebnis gereiht.

15.8. Fördervorschlag

Im Anschluss an die Reihung werden dem Präsidium der Wirtschaftsagentur Wien die Liste aller Anträge sowie ein Fördervorschlag entsprechend den budgetären Möglichkeiten vorgelegt, wobei das im Rahmen des Programms pro Einreichzeitraum bzw. Budgetierungszeitraum vorgesehene Budget herangezogen wird.

15.9. Förderentscheidung

Das Präsidium der Wirtschaftsagentur Wien entscheidet über den Fördervorschlag gem. Pkt. 15.8. und der damit verbundenen Gewährung einer Förderung oder Ablehnung des Antrags.

16. Projektübertrag

Eingereichte Projekte können – die Zustimmung der Antragstellerin bzw. des Antragstellers vorausgesetzt – von dem beantragten Programm in ein anderes (passenderes) Programm übertragen werden. Eine entsprechende Empfehlung an die Antragstellerin bzw. den Antragsteller kann entweder aufgrund des Ergebnisses der formalen Vorprüfung oder im Zuge der Bewertung aufgrund einer Empfehlung der Wirtschaftsagentur Wien bzw. der Jury erfolgen. Der Übertrag erfolgt (auf Wunsch) unter fristwahrender Wirkung des eingereichten Antrags. Eine fristwahrende Wirkung der Antragstellung bedeutet, dass die Kosten eines übertragenen COVID-19-Projekts ab dem Datum der Einreichung des Projekts anerkannt werden können.

17. Zusage, Bedingungen und Akontozahlung

17.1. Mitteilung der Förderentscheidung

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erhält die Mitteilung über die Entscheidung des Präsidiums der Wirtschaftsagentur Wien und allfällige Bedingungen für die Gewährung einer Förderung in schriftlicher Form. Die im Falle der Förderzusage darin genannten Förderbeträge sind stets Maximalbeträge. Im Fall einer Ablehnung des Antrags werden die Gründe für die Ablehnung erläutert.

17.2. Bedingungen

Wurde die Gewährung der Förderung mit Bedingungen ausgesprochen, so müssen diese Bedingungen vor einer Auszahlung von Fördermitteln von der Antragstellerin bzw. vom Antragsteller erfüllt und deren Erfüllung nachgewiesen werden.

17.3. Akonto

Sofern nicht eine in der Mitteilung der Förderentscheidung über die Gewährung von Fördermitteln enthaltene Bedingung entgegensteht, kann eine Akontozahlung abgerufen werden.

- a. Ihr Ausmaß beträgt höchstens 50 % des in der Mitteilung der Förderentscheidung genannten maximalen Förderbetrages.
- b. Ihr Abruf kann frühestens nach dem Erhalt einer schriftlichen Zusage (positiven Mitteilung der Förderentscheidung) durch die Wirtschaftsagentur Wien und der Erfüllung allfälliger darin enthaltener Bedingungen sowie nach Nachweis über den Start des geförderten Projekts (z. B. „gemeldeter Projektstart“, „erste Bestellung“ etc.) erfolgen.
- c. Im Fall eines bei Abruf laufenden Insolvenzverfahrens wird eine Akontozahlung nicht gewährt.

18. Melde- und Berichtspflichten, Abrechnungen und Auszahlung

18.1. Meldepflicht von Änderungen

Ab Erhalt einer Zusage sind die Fördernehmerinnen bzw. Fördernehmer verpflichtet, quantitative oder qualitative Änderungen im Zusammenhang mit dem zur Förderung eingereichten Projekt und/oder dem

geförderten Unternehmen unverzüglich und ohne Aufforderung der Wirtschaftsagentur Wien schriftlich bekannt zu geben.

Wesentliche Projektänderungen bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Wirtschaftsagentur Wien und sind jedenfalls sofort nach Bekanntwerden ohne unnötigen Verzug samt etwaigen daraus resultierenden Kostenänderungen und/oder damit verbundenen Änderungen des der Fördergewährung zu Grunde liegenden Projektabwicklungszeitraums schriftlich mitzuteilen.

Diese Meldepflicht endet 4 Jahre nach der Schlusszahlung gem. Pkt. 18.5.

18.2. Fortschrittsberichte

Im Fall einer Fördergewährung muss unaufgefordert halbjährlich (ab Projektstart) ein aussagekräftiger Fortschrittsbericht vorgelegt werden. Werden dafür Formulare zur Verfügung gestellt, sind diese zu verwenden, vollständig auszufüllen und – nach Möglichkeit elektronisch – zu übermitteln.

18.3. Abrechnungsunterlagen

Als Nachweis für Personalkosten sind geeignete und den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Unterlagen aus dem Rechnungswesen zu übermitteln. Während der gesamten Projektlaufzeit sind für alle Projektmitarbeiterinnen bzw. Projektmitarbeiter lückenlose Aufzeichnungen hinsichtlich Anzahl und Inhalte der Arbeitsstunden zu führen. Diese sind den einzelnen Arbeitspaketen zuzuordnen und im Zuge der Projektabrechnung zwingend vorzulegen.

Externe Kosten müssen durch – den gesetzlichen Vorschriften entsprechende – Rechnungen belegt und übermittelt werden. Für alle abzurechnenden Kostenpositionen sind Rechnungs- und Zahlungsbelege dem Endbericht beizulegen.

Sind die von der Antragstellerin bzw. vom Antragsteller übermittelten Unterlagen zur Endabrechnung mangelhaft, sodass sie keine ausreichende Bewertungsgrundlage bieten (und werden auch im Rahmen einer angemessenen Nachfrist entsprechende Unterlagen nicht übermittelt), wird die Gewährung der Förderung gem. Pkt. 20.2.e. widerrufen.

18.4. Endbericht inkl. Endabrechnung

Unmittelbar nach Abschluss des geförderten Projekts, längstens jedoch 3 Monate nach Projektabschluss, ist online im Fördercockpit <https://cockpit.wirtschaftsagentur.at> ein aussagekräftiger Endbericht inkl. Endabrechnung der tatsächlich angefallenen Projektkosten vorzulegen. Liegt dabei der abgerechnete Projektkostenbetrag unter jenem der bei Beantragung geltenden Mindestbemessungsgrundlage, so ist gem. Pkt. 20.1.d. die gesamte Förderung zu widerrufen.

18.5. Schlusszahlung

Nach Prüfung des vorgelegten Endberichts wird der Zuschuss auf Basis der überprüften und als förderbar anerkannten Ist-Kosten des geförderten Projekts neu berechnet.

Wenn dieser errechnete Zuschuss den in der Mitteilung der Förderentscheidung maximalen Zuschussbetrag unterschreitet, wird vom errechneten Zuschuss – andernfalls vom maximalen Zuschussbetrag – eine bereits geleistete Akontozahlung in Abzug gebracht.

Ein positiver Saldo wird der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller überwiesen, ein negativer Saldo ist binnen 14 Tagen nach Aufforderung zurückzuzahlen. Für den Fall des Verzugs gelangen Verzugszinsen gemäß Erlass der Magistratsdirektion vom 23. Oktober 2018, MDK-876336-1/18 bzw. einer an dessen Stelle tretenden Rechtsgrundlage zur Vorschreibung.

18.6. Auszahlung bei partnerschaftlicher Einreichung

Eine Auszahlung der gesamten Fördersumme für alle Partner erfolgt mit schuldbefreiender Wirkung an die bevollmächtigte Antragstellerin bzw. den bevollmächtigten Antragsteller (Leadpartner). Der Leadpartner ist verpflichtet, die den Partnern zustehenden Anteile der Fördersumme gemäß schriftlicher Bekanntgabe der Wirtschaftsagentur Wien unverzüglich weiterzuleiten.

Für den Fall, dass der Leadpartner dieser Verpflichtung zur Weiterleitung nicht nachkommt, haben die Partner allfällige Ansprüche ausschließlich gegenüber dem Leadpartner geltend zu machen.

In Ausnahmefällen kann bei Vorliegen eines sachlich gerechtfertigten Grundes eine Auszahlung der einzelnen Förderbeträge an alle Partner direkt erfolgen. Die auf die jeweiligen Partner entfallende endgültige Fördersumme wird auf Basis der Endabrechnung und unter Berücksichtigung der EU-beihilferechtlichen Bestimmungen und der Bestimmungen der vorliegenden Richtlinie neu berechnet. Die gesamte Fördersumme ist mit dem maximalen Zuschussbetrag begrenzt.

19. Publikationen, Monitoring, Pflichten zur Aufbewahrung und Einsichtsgewährung

19.1. Publikation

Im Fall einer Förderzusage muss die Antragstellerin bzw. der Antragsteller im Rahmen aller das geförderte Projekt berührenden PR- und Marketingaktivitäten die Förderung durch den Hinweis „Gefördert durch die Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien.“ nennen und das Logo der Wirtschaftsagentur Wien dort anbringen, wo es sinnvoll und nach verkehrüblicher Auffassung zumutbar ist.

19.2. Monitoring

Antragstellerinnen bzw. Antragsteller sind verpflichtet, alle nach Abschluss des Projekts im Zusammenhang mit dem zur Förderung eingereichten Projekt und der allgemeinen Entwicklung des geförderten Unternehmens auftretenden Fragen der Wirtschaftsagentur Wien ohne Verzug, vollständig und – wenn verlangt – schriftlich zu beantworten und angeforderte Prüf- und Belegunterlagen beizubringen. Diese Verpflichtung endet 10 Jahre nach der Schlusszahlung der Förderung gem. Pkt. 18.5.

19.3. Aufbewahrung von Unterlagen

Antragstellerinnen bzw. Antragsteller sind verpflichtet, sämtliche im Zusammenhang mit dem gestellten Antrag übermittelten und sämtliche dafür relevanten Unterlagen sowie ferner Unterlagen der Wirtschaftsagentur Wien, die für die Gewährung der Förderung und deren Administration relevant sind und von der Wirtschaftsagentur Wien übermittelt wurden, ordnungsgemäß, sorgfältig und in

zweckmäßiger Form aufzubewahren. Diese Verpflichtung endet 10 Jahre nach der Schlusszahlung der Förderung gem. Pkt. 18.5.

Diese Aufbewahrungspflicht umfasst insbesondere Unterlagen, die geeignet sind, folgende Sachverhalte zu klären:

- Wirtschaftssektor, in dem die Antragstellerin bzw. der Antragsteller tätig ist,
- Einordnung des antragstellenden Unternehmens als kleines, mittleres oder großes Unternehmen,
- für die Förderbemessung herangezogene Brutto- und Nettobeträge,
- die allfällige Exportorientiertheit des geförderten Unternehmens,
- die Höhe des jeweiligen Förderbetrags und die Projektlaufzeit,
- im Antrag angegebene andere De-minimis-Beihilfen, die im laufenden Steuerjahr sowie in den letzten zwei vorangegangenen Steuerjahren vor der Antragstellung beantragt oder gewährt wurden.

Antragstellerinnen bzw. Antragsteller sind innerhalb der Aufbewahrungsfrist verpflichtet, der Wirtschaftsagentur Wien, dem Magistrat der Stadt Wien, dem Stadtrechnungshof Wien, dem Bundesrechnungshof, den Organen der Europäischen Union oder Beauftragten der vorgenannten Stellen jederzeit Einsicht in diese Unterlagen zu gewähren. Insbesondere haben Antragstellerinnen bzw. Antragsteller auf Verlangen diese Unterlagen im Original oder als Kopien – auch in elektronischer Form – zur Verfügung zu stellen, zu übermitteln oder einsehbar zu machen sowie den genannten Stellen bzw. ihren Beauftragten zu Prüfungszwecken erforderlichenfalls auch den Zugang zu ihren Betriebs-, Büro- und Lagerräumlichkeiten sowie Laboratorien u. dgl. zu ermöglichen.

20. Widerruf und Rückzahlung

Die nachfolgenden Widerrufsgründe gelten auch für alle Antragstellerinnen bzw. Antragsteller im Rahmen partnerschaftlicher Einreichungen sinngemäß.

20.1. Widerrufsgründe 10 Jahre

Im Fall des Eintretens und Bekanntwerdens eines oder mehrerer der untenstehenden Punkte bis zu 10 Jahre nach der Schlusszahlung gem. Pkt. 18.5. wird die zugesagte Förderung widerrufen, wenn

- a. die Förderung zweckwidrig verwendet wird/wurde,
- b. Voraussetzungen oder Bedingungen für die Gewährung einer Förderung gemäß dieser Richtlinie nicht vorliegen oder nicht erfüllt werden,
- c. Kontrollen durch die Wirtschaftsagentur Wien, den Magistrat der Stadt Wien, den Stadtrechnungshof Wien, den Bundesrechnungshof, die Organe der Europäischen Union oder Beauftragte der vorgenannten Stellen verweigert oder behindert werden,
- d. sich Angaben über Umstände, die für die Gewährung der Förderung maßgeblich waren, nachträglich als unvollständig oder unrichtig herausstellen, ausbleiben oder wegfallen, insbesondere, wenn entgegen den im Antrag gemachten Angaben
 - i. sich der zeitliche Ablauf des Projekts ohne Angabe stichhaltiger Gründe wesentlich verzögert oder

- ii. das Projekt so wesentlich verändert wird, dass es in dieser Form nicht mehr den Grundlagen für die Förderzusage entspricht oder
- iii. das Projekt nicht durchgeführt wird/wurde oder
- iv. die Umsetzung des geförderten Projekts außerhalb Wiens stattfindet bzw. stattfand oder
- v. bei der Förderung von Unternehmensgründerinnen bzw. Unternehmensgründern die Unternehmensgründung nicht innerhalb von 6 Monaten nach Mitteilung der positiven Förderentscheidung erfolgt,
- e. der Nachweis der ordnungsgemäßen Aufbewahrung von Unterlagen gem. Pkt. 19.3. nicht erbracht wird oder die aufbewahrten Unterlagen auf Verlangen nicht umgehend vollständig der Wirtschaftsagentur Wien, dem Magistrat der Stadt Wien, dem Stadtrechnungshof Wien, dem Bundesrechnungshof, den Organen der Europäischen Union oder Beauftragten der vorgenannten Stellen übermittelt werden oder – im Fall einer verlangten Aufbewahrung und Ersichtlichmachung auf elektronischem Wege – die Möglichkeit einer elektronischen Einsichtnahme nicht gegeben ist,
- f. die Antragstellerin bzw. der Antragsteller eine Zustimmungserklärung gem. Pkt. 21.1. (Datenschutz) widerruft.

20.2. Widerrufsgründe 4 Jahre

Im Fall des Eintretens und Bekanntwerdens eines oder mehrerer der untenstehenden Punkte bis zu 4 Jahre nach der Schlusszahlung gem. Pkt. 18.5. wird die zugesagte Förderung widerrufen, wenn

- a. das geförderte Unternehmen wesentliche, wertschöpfungsintensive Teile seiner bisher in Wien stattgefundenen wirtschaftlichen Aktivitäten aus Wien verlagert,
- b. der Betrieb des geförderten Unternehmens oder das Unternehmen selbst veräußert wird oder eine sonstige Weitergabe (z. B. Schenkung, Erbe) oder entgeltliche oder unentgeltliche Gebrauchsüberlassung erfolgt oder vorgenommen wird, soweit nicht der Erwerber bzw. Rechtsnachfolger unverzüglich schriftlich erklärt hat, mit allen Rechten und Pflichten in das Förderverhältnis eintreten zu wollen und dem Eintritt seitens der Wirtschaftsagentur Wien zugestimmt worden ist,
- c. sich die Beteiligungsverhältnisse des geförderten Unternehmens wesentlich verändern und dadurch der Zweck der Förderung nicht mehr gewährleistet ist,
- d. der Betrieb des geförderten Unternehmens stillgelegt, auf Dauer eingestellt oder das geförderte Unternehmen liquidiert wird,
- e. die Meldepflicht verletzt wird oder die Berichtspflichten nicht eingehalten werden, insbesondere nicht fristgerecht ein aussagekräftiger Endbericht gem. Pkt. 18.4. vorgelegt wird oder ein solcher Bericht (beispielsweise aufgrund fehlender oder unzureichender für die Abrechnung relevanter Unterlagen) nicht verlässlich und schlüssig überprüft werden kann und einem diesbezüglichen Verbesserungsauftrag nicht innerhalb angemessener Frist entsprochen wurde.

20.3. Teilwiderruf

Ist das geförderte Projekt in konkrete sinnvolle Abschnitte teilbar, denen jeweils bestimmte Fördersummen zugeordnet werden können, und liegt der Widerrufsgrund nur bezüglich einzelner

Abschnitte vor, so kann der Widerruf auf die diesen Abschnitten entsprechende Förderung beschränkt werden.

20.4. Widerruf bei partnerschaftlicher Einreichung

Bei Widerrufsgründen gemäß Pkt. 20.1. und Pkt. 20.2. kann der Widerruf der zugesagten Förderung im Falle des Vorliegens eines Widerrufsgrundes, der nicht auf alle Partner zutrifft, auch nur gegenüber demjenigen Partner ausgesprochen werden, auf den der Widerrufsgrund zutrifft.

20.5. Ausspruch des Widerrufs

Liegt ein Widerrufsgrund vor, so ist der Widerruf längstens 6 Monate nach Ablauf der jeweils in den Pktn. 20.1. und 20.2. genannten Fristen auszusprechen.

20.6. Rückzahlung im Fall des Widerrufs

Im Fall des Widerrufs ist ein auf den Zuschuss geleistetes Akonto bzw. der ausbezahlte Zuschuss über Aufforderung binnen zweier Wochen zurückzuzahlen. Für den Fall des Verzugs gelangen Verzugszinsen gemäß Erlass der Magistratsdirektion vom 23. Oktober 2018, MDK-876336-1/18 bzw. einer an dessen Stelle tretenden Rechtsgrundlage zur Vorschreibung.

Im Fall des Vorliegens von Widerrufsgründen gem. Pkt. 20.2.b., c. und d. und eines Nachweises der tatsächlich angefallenen Kosten im Rahmen der Endabrechnung gem. Pkt. 18.4. erfolgt die Rückforderung lediglich in jenem Ausmaß, in dem im Rahmen der Förderung aktivierungsfähige Güter angeschafft wurden, deren betriebsgewöhnliche Abschreibungsdauer zum Zeitpunkt des Eintrittes des Widerrufsgrundes noch nicht beendet ist. Die Rückforderung erfolgt aliquot der verbleibenden Abschreibungsdauer.

Weitergehende zivilrechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt.

21. Datenschutz

21.1. Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Die Antragstellerinnen bzw. Antragsteller sind verpflichtet, hinsichtlich sämtlicher von ihnen bekanntgegebenen personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der von ihnen beantragten Förderung, insbesondere jener, welche im Ansuchen um Gewährung der Förderung enthalten sind oder bei der Abwicklung oder der Kontrolle der Förderung anfallen, alle Erklärungen in der jeweils erforderlichen Form abzugeben, die nach den jeweils anzuwendenden einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen erforderlich sind, damit diese personenbezogenen Daten von der Wirtschaftsagentur Wien bzw. den von ihr beauftragten Dritten (z. B. Jurymitglieder, externe Expertinnen und Experten) sowie an

- die Stadt Wien, den Stadtrechnungshof Wien sowie die Förderstellen der Stadt Wien,
- die Förderstellen der Republik Österreich sowie der Bundesländer und den Bundesrechnungshof sowie
- die Organe der Europäischen Union (Europäische Kommission, Europäischen Rechnungshof)

übermittelt werden dürfen, wo diese Daten zum Zwecke der Prüfung betreffend die Gewährung und die Abwicklung der Förderung verarbeitet werden; dies im Speziellen durch Unterfertigung einer von der Wirtschaftsagentur Wien zur Verfügung gestellten diesbezüglichen Zustimmungserklärung.

Die Antragstellerinnen bzw. Antragsteller haben das Recht, Zustimmungserklärungen jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die Wirtschaftsagentur Wien zu widerrufen; im Fall des Widerrufs einer Zustimmungserklärung werden alle Datenverwendungen, welche ohne die betreffende Zustimmung unzulässig sind, nach Einlangen des Widerrufs bei der Wirtschaftsagentur Wien eingestellt.

Der Widerruf einer Zustimmungserklärung durch die Antragstellerinnen bzw. den Antragsteller führt gem. Pkt. 20.1.f. zum Widerruf der Zuerkennung der Förderung und zur Rückforderung bereits ausbezahlter Zuschüsse.

21.2. Publizierbare Daten

Vorbehaltlich anderslautender bundes- oder landesgesetzlicher bzw. unionsrechtlicher Vorschriften sind die Wirtschaftsagentur Wien und die Stadt Wien im Fall der Zusage einer Förderung zur uneingeschränkten Veröffentlichung der nicht personenbezogenen Daten des Antragstellers, der Bezeichnung und der Kurzbeschreibung des Projekts, des Förderbetrags sowie der Begründung für die Auswahl des Projekts berechtigt.

22. Einhaltung der Antidiskriminierungsbestimmungen/ Schad- und Klagloshaltung

Förderungen nach dieser Förderrichtlinie erfolgen ausschließlich an natürliche und juristische Personen, die das Verbot der Diskriminierung gemäß § 2 Wiener Antidiskriminierungsgesetz¹³ und der Benachteiligung gemäß § 4 Abs. 3 Wiener Antidiskriminierungsgesetz beachten.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist zur Einhaltung aller im Zusammenhang mit dem Ansuchen, der Gewährung und Abwicklung der Förderung sowie deren Kontrolle u. dgl. einzuhaltenden gesetzlichen Vorgaben und rechtlichen Grundlagen verpflichtet.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller hat jegliche Schäden, die sich aus der Nichtbeachtung des Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbots (§ 2 und § 4 Abs. 3 Wiener Antidiskriminierungsgesetz) oder sonstiger von der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller im Zusammenhang mit der Abwicklung der Förderung oder der Umsetzung des geförderten Projekts einzuhaltenden Bestimmungen ergeben, zu übernehmen und verpflichtet sich, die Wirtschaftsagentur Wien und die Stadt Wien gegenüber Ansprüchen Dritter vollkommen schad- und klaglos zu halten.

23. Geltungszeitraum

Diese Richtlinie ist – vorbehaltlich allfälliger Revisionen aufgrund entsprechender Organbeschlüsse bzw. vorzeitiger Einstellung – gültig für Einreichungen vom 01.04.2021 bis 31.03.2022.

¹³ Gesetz zur Bekämpfung von Diskriminierungen (Wiener Antidiskriminierungsgesetz), LGBl. 35/2004 idgF

24. Anwendbares Recht/Gerichtsstand

Alle auf Basis dieser Richtlinie resultierenden Rechtsverhältnisse unterliegen ausschließlich österreichischem Recht sowie den gemäß dieser Richtlinie anzuwendenden oder sonst relevanten EU-rechtlichen Bestimmungen.

Gerichtsstand für alle aus bzw. im Zusammenhang mit dieser Förderrichtlinie entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist das sachlich zuständige Gericht in Wien.

25. Förderabwickelnde Stelle

Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien.
Abteilung Förderungen
Mariahilfer Straße 20
1070 Wien

T: +43 (0)1 25200 402

E: foerderungen@wirtschaftsagentur.at

www.wirtschaftsagentur.at

<https://cockpit.wirtschaftsagentur.at>

Anhang I

Unternehmen

Unternehmen im Sinn dieser Richtlinie sind wirtschaftliche Einheiten, die auf Dauer angelegte, selbstständige, organisierte und auf die Erzielung von Gewinn ausgerichtete Tätigkeiten auf eigenes Risiko ausführen, unabhängig davon, ob dabei das Ziel einer Ausschüttung oder einer weitgehenden Reinvestition erzielter Gewinne (wie z. B. bei Forschungs- oder Sozialunternehmen) im Vordergrund steht.

Bestehendes Unternehmen

- Unternehmen werden im Sinne dieser Richtlinie als bestehendes Unternehmen anerkannt, wenn sie eines der folgenden Merkmale aufweisen:
- sie sind im Firmenbuch eingetragen oder
- sie verfügen über eine UID-Nummer oder
- sie können den Nachweis über die Eintragung eines aufrechten Gewerbes in das zentrale Gewerberegister erbringen oder
- sie können den Nachweis über die Eintragung bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde eines aufrechten Berufssitzes erbringen oder
- es liegt – bei Einzelunternehmen bzw. Einpersonenernehmen – in Ermangelung sonstiger Nachweise zumindest eine Versicherung der Inhaberin bzw. des Inhabers nach GSVG, FSVG bzw. BSVG vor.

Gründungszeitpunkt

„Unternehmen in Gründung“ werden jedenfalls dann als gegründet angesehen, wenn sie eines der Merkmale von „bestehenden Unternehmen“ aufweisen. Erfolgt die Gründung später als 6 Monate nach Förderzusage, wird die Förderung widerrufen (vgl. 20.1.d.).

Gründerinnen und Gründer

Der Begriff „Gründerinnen und Gründer“ umfasst die Vorgründungsphase (i. e. 6 Monate vor Gründung) sowie das erste Jahr des „bestehenden Unternehmens“.

Anhang II

Betriebsstätte

Der Ausdruck „Betriebsstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, d. h. es besteht seitens des Unternehmens eine Verfügungsmacht über bestimmte (eigene oder gemietete) Einrichtungen, Räumlichkeiten bzw. maschinelle Anlagen, durch die das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit ganz oder teilweise ausüben kann.

Wiener Betriebsstätte

Als Bestätigung für das Vorhandensein einer Betriebsstätte in Wien wird einer der folgenden Nachweise anerkannt:

- laufende Abführung der Kommunalsteuer in Wien (Nachweis: Stadtkasse) oder
- vorhandene Firmenbucheintragung lautend auf die Adresse der Wiener Betriebsstätte oder
- vorhandene Eintragung der UID in der UID-Datenbank der österreichischen Finanzverwaltung lautend auf die Adresse der Wiener Betriebsstätte oder
- vorhandene Eintragung eines Gewerbes im Gewerberegister auf die Adresse der Wiener Betriebsstätte oder
- bei freien Berufen: bestehender angemeldeter aufrechter Berufssitz bzw. ggf. angemeldete aufrechte Zweigstelle in Wien.

Sollte insbesondere von Einzel- bzw. Einpersonenernehmen zu keinem der o. a. Punkte der Nachweis erbracht, aber dennoch das Vorhandensein einer Wiener Betriebsstätte argumentiert werden, so ist der Nachweis des Wohnsitzes (Meldezettel) zu führen. Des Weiteren ist dem Antrag auch eine Beschreibung der Betriebsstätte sowie der festen Geschäftsausstattung beizufügen. Diese Beschreibung enthält insbesondere Angaben über

- Anzahl und Größe (in Quadratmetern) der Betriebsstättenräume,
- Funktion und Verwendungszweck der Räumlichkeiten (z. B. Arbeitsraum, Besprechungsraum)
- vorhandene Einrichtungen und maschinelle Anlagen, die für die Durchführung der Geschäftstätigkeit notwendig sind,
- die allfällige Notwendigkeit bzw. das Vorhandensein einer Betriebsanlagengenehmigung,
- die Art der Nutzung der Räumlichkeiten (exklusiv oder geteilt mit weiteren Nutzern),
- die Art der Verfügungsmacht über die Räumlichkeiten (Miete, Untermiete, Eigentum; bei Miete bzw. Untermiete muss ein vergebürhter Mietvertrag vorliegen; das Datum der Vergebühung hat zeitnahe zum Beginn des Mietverhältnisses gelegen zu sein),
- die Wohnsitzadresse, sofern diese nicht mit der Adresse der Betriebsstätte ident ist.

Die Wirtschaftsagentur Wien behält sich vor, die solchermaßen beschriebenen Räumlichkeiten – ggf. nach Einforderung weiterer Nachweise – als „Wiener Betriebsstätte“ anzuerkennen.

Anhang III

Berechnungsmethode der Personalkostenstundensätze

Die Stundensätze werden mit folgender Formel auf **monatlicher** Basis berechnet.

Angestellte Projektmitarbeiterinnen bzw. Projektmitarbeiter

Jeweiliges Monatsbruttogehalt

* 14 Monate = fiktives Jahresbruttogehalt
 * 1,32 + 32 % Lohnnebenkosten
 * 1,2 (bzw. 1,3) + 20 % Gemeinkostenzuschlag (30 % für Gründerinnen bzw. Gründer)
 ÷ (Wochenstunden * 41) ÷ fiktive Jahresarbeitsstunden
 = anerkannter Stundensatz des jeweiligen Monats

Hinweis: bei Gründerinnen bzw. Gründern erhöht sich der Gemeinkostenzuschlag auf 30 %.

Freie Dienstnehmerinnen bzw. Dienstnehmer

Jeweiliges Monatsbruttogehalt

* 14 Monate = fiktives Jahresbruttogehalt
 * 1,21 + 21 % Lohnnebenkosten
 * 1,2 (bzw. 1,3) + 20 % Gemeinkostenzuschlag (30 % für Gründerinnen bzw. Gründer)
 ÷ (Wochenstunden * 41) ÷ fiktive Jahresarbeitsstunden
 = anerkannter Stundensatz des jeweiligen Monats

Hinweis: bei Gründerinnen bzw. Gründern erhöht sich der Gemeinkostenzuschlag auf 30 %.

Mitarbeitende Firmeninhaberinnen bzw. Gesellschafter

Der Stundensatz für aktiv am Projekt mitarbeitende Firmeninhaberinnen oder Gesellschafter von Kleinunternehmen wird mit EUR 45,00, jener für Gründerinnen bzw. Gründer mit EUR 48,75 festgesetzt.

Erläuterung der Berechnung:

fixer Basisstundensatz	Lohnnebenkosten	Gemeinkostenzuschlag	Stundensatz	Unternehmensalter
EUR 28,41	32 %	20 %	EUR 45,00	> 1 Jahr
EUR 28,41	32 %	30 %	EUR 48,75	Gründerinnen bzw. Gründer

Hinweis: bei Gründerinnen bzw. Gründern erhöht sich der Gemeinkostenzuschlag auf 30 %.

Anhang IV

Unternehmen in Schwierigkeiten

gem. Artikel 2 (Begriffsbestimmungen) Nummer 18 AGVO:

18. „Unternehmen in Schwierigkeiten“: Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:
- a) Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und — in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen — KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU ⁽¹⁾ genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
 - b) Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und — in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen — KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.
 - c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
 - d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
 - e) Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren
 1. betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und
 2. das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0.

(1) Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates.

Anhang V

Beihilfen für Unternehmensneugründungen gem. Artikel 22 (Anlaufbeihilfen)

Artikel 22 AGVO 2014 unter Berücksichtigung des Absatzes 2 gemäß AGVO-Novelle 2017¹⁴ lautet:

1. Beihilfen für Unternehmensneugründungen sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV¹⁵ mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I (der AGVO) festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.
2. Beihilfefähig sind nicht börsennotierte kleine Unternehmen, deren Eintragung ins Handelsregister höchstens fünf Jahre zurückliegt und die die folgenden Voraussetzungen erfüllen:
 - a) Sie haben nicht die Tätigkeit eines anderen Unternehmens übernommen;
 - b) sie haben noch keine Gewinne ausgeschüttet;
 - c) sie wurden nicht durch einen Zusammenschluss gegründet.

Bei beihilfefähigen Unternehmen, die nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet sind, kann entweder der Zeitpunkt, zu dem das Unternehmen seine Wirtschaftstätigkeit aufnimmt, oder der Zeitpunkt, zu dem es für seine Tätigkeit steuerpflichtig wird, als Beginn des beihilfefähigen Fünfjahreszeitraums erachtet werden.

Abweichend von Absatz 2 Buchstabe c¹⁶ werden Unternehmen, die durch einen Zusammenschluss von nach diesem Artikel beihilfefähigen Unternehmen gegründet wurden, bis fünf Jahre nach dem Datum der Registrierung des an dem Zusammenschluss beteiligten ältesten Unternehmens ebenfalls als beihilfefähige Unternehmen erachtet.

3. Anlaufbeihilfen können gewährt werden
 - a) als Kredit ...
 - b) als Garantien ...
 - c) **als Zuschüsse**, einschließlich Beteiligungen oder beteiligungsähnlicher Investitionen, Zinssenkungen oder Verringerungen des Garantieentgelts von bis zu **EUR 0,4 Mio. BSÄ** (Anm.: Bruttosubventionsäquivalent¹⁷) beziehungsweise 0,6 Mio. EUR BSÄ für Unternehmen mit Sitz in einem Fördergebiet nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV beziehungsweise 0,8 Mio. EUR BSÄ für Unternehmen mit Sitz in einem Fördergebiet nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV.

¹⁴ VERORDNUNG (EU) 2017/1084 DER KOMMISSION vom 14. Juni 2017 zur **Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014** in Bezug auf Beihilfen für Hafен- und Flughafeninfrastrukturen, in Bezug auf Anmeldeschwellen für Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes und für Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen sowie in Bezug auf regionale Betriebsbeihilferegulungen für Gebiete in äußerster Randlage und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 in Bezug auf die Berechnung der beihilfefähigen Kosten.

¹⁵ AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union:
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT&from=DE>

¹⁶ Anmerkung: der Verweis des Originaltextes der Novelle („Unterabsatz 1 Buchstabe c“) wurde hier sinngemäß angepasst.

¹⁷ „Bruttosubventionsäquivalent“: Höhe der Beihilfe, wenn diese als Zuschuss für den Empfänger gewährt worden wäre, vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben (vgl. Artikel 2 Nummer 22 AGVO).

4. Ein Beihilfeempfänger kann durch eine Kombination der in Absatz 3 dieses Artikels genannten Beihilfeinstrumente Unterstützung erhalten, wenn der Anteil der durch ein Beihilfeinstrument gewährten Unterstützung, der auf der Grundlage des für das betreffende Instrument zulässigen Beihilfemaximalbetrags berechnet wird, bei der Ermittlung des restlichen Anteils an dem für die anderen in einer solchen Kombination enthaltenen Beihilfeinstrumente zulässigen Beihilfemaximalbetrag berücksichtigt wird.
5. Bei **kleinen und innovativen Unternehmen** dürfen die in Absatz 3 genannten Höchstbeträge **verdoppelt** werden.

Anhang VI

Anreizeffekt

gem. Artikel 6 (Anreizeffekt) AGVO:

1. Diese Verordnung gilt nur für Beihilfen, die einen Anreizeffekt haben.
2. Beihilfen gelten als Beihilfen mit Anreizeffekt, wenn der Beihilfeempfänger **vor Beginn der Arbeiten** für das Vorhaben oder die Tätigkeit einen schriftlichen Beihilfeantrag in dem betreffenden Mitgliedstaat gestellt hat. Der Beihilfeantrag muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:
 - a) Name und Größe des Unternehmens,
 - b) Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
 - c) Standort des Vorhabens,
 - d) die Kosten des Vorhabens,
 - e) Art der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Kredit, Garantie, rückzahlbarer Vorschuss oder Kapitalzuführung) und Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

Beginn der Arbeiten

gem. Artikel 2 Nummer 23 AGVO:

23. „Beginn der Arbeiten“: entweder der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist; der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten. Bei einer Übernahme ist der „Beginn der Arbeiten“ der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.